

PRESSESPIEGEL

MAINPOST-MAIN SPESSART, 17.05.2004



ALLES ERREICHT, WAS REALISTISCH IST

Personalrats und verdi zu Sozialplan

(ABRA) „Wir haben alles erreicht, was aus realistischer Sicht der Dinge erreichbar war“, kommentierte Albrecht Christ, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Eigenbetriebe im Main-Spessart-Kreis, den ausgehandelten Sozialplan. Die wirtschaftliche Notwendigkeit, Stellen abbauen zu müssen, habe man eingesehen. Demzufolge sei man froh gewesen, wenigstens alle drei Häuser erhalten zu können, sonst hätte man noch mehr Stellen verloren.

Ziel bei den Sozialplanverhandlungen sei es gewesen, auf Freiwilligkeit zu setzen. „Jeder der freiwillig geht, rettet eine Stelle für den, der bleiben möchte“, brachte Christ es auf eine soziale Formel. Dafür habe man lukrative Prämien und Abfindungen für die Mitarbeiter herausgeholt, die Opfer bringen. Dabei sei sich der Personalrat bewusst gewesen, dass der Landkreis keinen großen finanziellen Spielraum besitze.

„Bogen nicht überspannt“

„Wir haben den Bogen nicht überspannt“, meinte der Arbeitnehmer-Vertreter.

Christ betonte, dass man auch einen Nachteilsausgleich für Beschäftigte vereinbart habe, die nun mindervergütete Arbeit leisten müssten. Auch seien bei Prämien und Abfindungen bereits jüngere Kollegen mit im Boot, die sonst nichts zu erwarten gehabt hätten. Schließlich habe man eine Wiedereinstellungsklausel durchsetzen können, die vorsehe, entlassene Mitarbeiter bis Ende 2006 zurückzuholen, wenn wieder Stellen frei würden. Insgesamt war auch Christ überrascht, wie viele Beschäftigte durch Prämien und Abfindungen „herausgekitzelt“

worden seien. Den Arbeitgeber bat der Gesamt-Personalratsvorsitzende, das Konzept nun auch zügig umzusetzen, „damit jeder weiß, wo er arbeitet, in welchem Haus und in welcher Abteilung“. Die Mitarbeiter forderte er auf, „alle Kraft in das neue Konzept zu stecken, damit sich das Opfer der 62 Stellen auch gelohnt hat.“ Beim Personal, ist sich Christ sicher, sei die Akzeptanz für das Konzept auf jeden Fall erreichbar.

Krankenhäuser bleiben kommunal

Bernd Spengler, Rechtsanwalt auf Arbeitnehmerseite, sah in dem Sozialplan vor allem ein Ziel verwirklicht: die Krankenhäuser in kommunalen Händen. Sprich beim Landkreis, zu halten. Damit war er sich mit seiner Kollegin von der Arbeitgeberseite, Angela Leschnig, einig. Leschnig betonte vor allem die Sozialverträglichkeit des Sozialplans, dessen Teilzeit-Modell sogar „familienfreundlich“ sei. „Main-Spessart bildet momentan die gute Ausnahme“, bilanzierte Birgit Stein von der Gewerkschaft ver.di die Verhandlungen.

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz verursache derzeit Strukturprobleme in ganz Bayern bis hin zu Krankenhausschließungen oder hohen Gehaltseinbußen für die Beschäftigten. Auch ver.di habe sich für den Erhalt aller drei MSP-Krankenhäuser stark gemacht und für ihren Verbleib im öffentlichen Dienst. Das Profitstreben privater Häuser, warnte Stein, ginge immer nur zu Lasten des Personals.